

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in
Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W 57
Winterfeldstr. 24 (Redakteur: Emil Dittmer)
Fernsprecher Amt S 4500 Nr. 2746

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags • Bezugspreis
vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 2 Mk.
Postzeitungsliste Nr. 3164

Inhalt: Unser Jahresbericht 1914. — Die Kriegsmahnahmen der
Stadiverwaltungen in den Gauen Hannover und Düsseldorf. — Die
Organisierung des Konsums, und die Volkswirtschaft. — Kriegs-
briefe. — Aus der Praxis der Arbeiterversicherung. — Wochenbericht
vom Krieg. — Aus den Stadtparlamenten. — Aus unserer Bewe-
gung. — Aus den deutschen Gewerkschaften. — Rundschau. — Ein-
gegangene Schriften und Bücher. — Totenliste des Verbandes.

Unser Jahresbericht 1914.

I.

Vor einigen Tagen ist den Filialen unseres Verbandes
der Jahresbericht 1914 zugestellt worden. Unsere
haltende, ganz auf die Tagesereignisse eingestellte Zeit des
Krieges läßt nur wenigen die Möglichkeit und Neigung, sich
gründlich mit ihm zu beschäftigen. So mögen denn an
dieser Stelle einige bemerkenswerte Vorgänge und zahlen-
mäßige Darstellungen aus dem Organisationsleben des
letzten Jahres kurz erörtert werden. Vielleicht wird auf diese
Weise die so oft gegebene Mahnung einigermaßen beherzigt,
sich selber mit dem Jahresbericht unseres Verbandes ein-
gebender als bisher zu beschäftigen.

Der Bericht hat schon um deswillen ganz besonderen
Reiz, als sich in ihm die „sieben fetten Kühe“ — die Friedens-
monate — noch zeigen, die freilich bald von den „fünf
magreren Kühen“ — den Kriegsmonaten — verschlungen
wurden . . .

Das Jahr 1914 wäre auch ohne den Krieg für unsere
Organisation eines der bedeutungsvollsten gewesen. Der
Verbandstag in Hamburg, der Münchener Gewerkschafts-
kongress, vor allem aber die Koalitionsrechts-
bedrohung gaben den 7 Friedensmonaten ein eigen-
artiges Signum. Weder das soziale Recht im allge-
meinen, noch das Arbeiterrecht in den öffent-
lichen Betrieben im besonderen wies eine Vorwärts-
entwicklung auf. Vielmehr wurden die unerfreulichen
Ereignissen auf diesem Gebiet immer zahlreicher. Unser
Jahresbericht weist denn auch mit unanfechtbarem und gra-
vierendem Material in zwei Kapiteln nach, wie rückstän-
dig sowohl die Auffassung der Unternehmer als auch der
Regierenden auf sozialem Gebiet war.

Und es darf hier ruhig ausgesprochen werden, daß die
systematische und fleißig-geschäftige Bekämpfung der Arbeiter-
organisationen — wie sie bis kurz vor dem Kriege seit langem
bestand — doch wohl zu den Unmöglichkeiten der nächsten
Zukunft gehört. Soviel Zutrauen setzen wir nicht etwa in
den guten Willen der Bescheidenden, sondern in das starke
Wollen und entschlossene Handeln der zurück-
kehrenden und verbliebenen organisierten Arbeiter.

Denn die Inlandhaltung der gewerkschaftlichen und poli-
tischen Organisationen der deutschen Arbeiterschaft während
der Kriegsdauer bedeutet mehr als „Durchhalten“. Es
bedeutet nach unserer festen Ueberzeugung sofortiges
Eingreifen an der Stelle, wo wir vor dem Kriege auf-

hören mußten. Es bedeutet aber gleichzeitig — wie tausend
Erscheinungen unserer Lage beweisen — daß unsere Kraft
viel unwiderstehlicher, die Widerstände schwächer geworden
sind. Wer kann nach diesem Kriege noch die Notwendig-
keit unserer Organisationen mit guten Gründen ablehnen,
wer kann von unserer „Staatsgefährlichkeit“, weiter profi-
tieren durch Scharfmacherei und Polizeischikane? Man muß
nur mal aufmerksam die jetzt hilflose Prinzipienretterei des
„selbstherrlichen“ Unternehmertums in der „Arbeitgeber-
Zeitung“ verfolgen!

Zugegeben, es fällt uns nichts platt in den Schoß! Aber
uns dünkt, daß so mancher zurückkehrende Kämpfer aus dem
Felde seine frühere Gleichgültigkeit gegenüber den modernen
Arbeiterorganisationen endgültig abgestreift hat und wir
zweifeln nicht an der verstärkten Agitationskraft
unserer Ideen und unserer organisatorischen Einrichtungen.

Eine große dunkle Wolke schwebt nun freilich über dem
ganzen: Das ist die Gestaltung der wirtschaft-
lichen Verhältnisse überhaupt nach dem
Kriege.

Die einen weisen pessimistisch eine schwere Zeit
wie nie zuvor: Krisen und Arbeitslosigkeit, Staatsschulden,
erhöhte Steuern, Beibehalten der teuren Zeiten, wachsende
Verschlechterung des Arbeitsmarktes durch Kriegsinvaliden,
vermehrte Frauenarbeit usw., Volkskämpfe und Wettrüsten mit
erneuter Kriegsbedrohung, Anwachsen des Kurrapatriotismus.

Die anderen meinen, wenn uns die Umorganisation
der Industrie im Krieg immerhin gelungen sei, müsse sie im
Frieden erst recht gelingen. Der Weltmarkt lasse sich nicht
dauernd verschließen durch England. Steuern und Kriegss-
schulden könnten bei starken Arbeiterorganisations-
nen den besitzenden Schichten auferlegt werden. Erhöhter
politischer Einfluß der Arbeiterklasse bedeute gleichzeitig
wirtschaftliche Besserstellung und relative Sicherung gegen die
größten Schäden des kapitalistischen Systems, das mit aller
Grundfähigkeit zu bekämpfen dabei unbenommen bleibe.

Wir wollen uns heute noch nicht bei der einen oder
anderen „Wahrheitlichkeitsrechnung“ aufhalten. Viel ent-
scheidet der Ausgang des Krieges! Und da er noch
immer in einiger Ferne, so mag auch die Zahlfolgerung
über die zukünftige Gestaltung der wirtschaftlichen Verhält-
nisse Deutschlands einstweilen dahingestellt sein.

Jedenfalls haben die vorwiegend in den Gewerk-
schaften Tätigen sich nie einer Glendphilosophie hinge-
geben und sie werden das auch künftig nicht tun!

Saben wir die bösen Zeiten vor dem Kriege mit wachsen-
dem organisatorischen und kulturellen Auf-
stieg der deutschen Arbeiterschaft überstehen können, — wer
vermag das zu bestreiten? — so werden wir auch der kommen-
den wirtschaftlichen und sonstigen Schwierigkeiten Herr
werden. Das ist unser gewerkschaftliches Credo (Glaube) und
in ihm es sein!

Die Kriegsmaßnahmen der Stadtverwaltungen in den Gauen Hannover und Düsseldorf.

II.

(Schluß)

Wir haben schon im ersten Artikel darauf hingewiesen, daß die Stadtverwaltungen eine erhebliche Anzahl Arbeiter weniger beschäftigen wie vor dem Kriege. Das bedeutet ohne Zweifel eine Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Wir haben aber auch direkte Verschlechterungen zu verzeichnen. In Kassel bestand bisher für die Fernarbeiter des Gaswerks die Achtstundenschicht für die Sommermonate. Am 31. März wurde aber den Arbeitern mitgeteilt, daß auch weiterhin 12 Stunden gearbeitet werden muß, obwohl die Arbeiter für die längere Arbeitszeit keinerlei Entschädigung erhielten. Erst durch energisches Eingreifen der Organisation wurde die Achtstundenschicht wieder eingeführt, und für die Tage, wo 12 Stunden gearbeitet wurde, erhielten die Arbeiter einen Aufschlag von 20 Pf. pro Tag. In Hannover erhielten die Arbeiter der Straßencleaning für Überstunden einen Aufschlag, die tägliche Arbeitszeit betrug 9½ Stunden. Dieser Überstundenaufschlag ist den Arbeitern genommen und die Arbeitszeit auf 10 Stunden pro Tag verlängert. Und das alles unter dem Vorwand, wenn die Arbeiter wegen Lohnforderungen und Verkürzung der Arbeitszeit vorgegangen wären, dann hätten wir einmal das Gesetz hören wollen. In den meisten Städten erholten die Arbeiter Sommerurlaub. Dieser Sommerurlaub ist aber während des Krieges einfach gestrichen oder um die Hälfte reduziert. Wenn das notwendig war, denn durfte man es doch nur nach vorheriger Rücksprache mit den Arbeitern tun und nachdem man den Arbeitern eine Entschädigung für das verlorene Gehalt hätte. Die Urlaubsgewährung steht meistens mit in den Arbeitsordnungen. Diese Arbeitsordnungen müssen von den Arbeitern unterschrieben und anerkannt werden. Diese Arbeitsordnungen bilden also den Arbeitsvertrag, der zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer geschlossen wird. Die Stadtverwaltung verlangt ja auch von allen Arbeitern, daß sie den Bestimmungen der Arbeitsordnung strikte nachkommen. Die Bestimmungen der Arbeitsordnung sind dann aber bindend für beide Teile. Ein Vertrag, der Bestimmungen enthält, die nur für einen Teil der Vertragskontrahenten Gültigkeit haben, ist nichtig. Wenn man daher von einem Teil volle Pflichterfüllung verlangt, muß man selbstverständlich alle Bestimmungen streng beachten und erfüllen.

In vielen Städten wird ja in diesem Jahre wenigstens die Hälfte des Urlaubs gewährt. Wo die Arbeiter darauf eingehen, da ist es gewiß ein weitgehendes Entgegenkommen seitens der Arbeiter und nicht seitens der Stadtverwaltungen. Hoffentlich werden in Zukunft auch die Stadtverwaltungen als Arbeitgeber die städtischen Arbeiter als Menschen beachten und danach handeln, damit nicht einmal die Arbeiter gezwungen werden, genau so zu handeln, wie es die Stadtverwaltungen hier getan haben und sich um abgeschlossene Verträge nicht kümmern. Wie die städtischen Arbeiter draußen im Felde denken über die zu Hause vorgenommenen Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, mögen nur einzelne Stellen mehrerer uns zugegangener Feldpostbriefe beweisen, die die Verschlechterungen in Hannover erfahren hatten. Es heißt da: „Man muß sich immer wieder an den Kopf fassen und sagen, wie ist das nur möglich? Während wir hier draußen kämpfen und bluten, glauben die Stadtverwaltungen nichts Besseres zu tun, als wie unsere mühsam erkämpften Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verschlechtern. Wofür kämpfen und bluten wir da eigentlich, nur darum, um wenn wir wirklich gesund zu Hause kommen, schlechteren Lohn und längere Arbeitszeit in Kauf nehmen.“ — „Während ihr euch draußen mit den Feinden schlägt, haben wir Welsen zu Hause die Situation ausgenutzt und eure Lebenshaltung verschlechtert. Hunger und Elend soll euer Lohn für eure im Felde geleisteten Dienste sein.“ So wie viele hier geschrieben haben, so denken alle. Man erhebt daraus, welche Wirkung die verkehrten Maßnahmen der Stadtverwaltungen auf die im Felde stehenden Arbeiter auslösen.

Mit langer Sorge müssen die Arbeiter in die Zukunft blicken. Die Kriegsverwundetenfürsorge hat die Stadtverwaltungen auch noch nicht besonders beschäftigt und doch ist es jetzt die höchste Zeit dazu. Die als Krüppel heimkehrenden städtischen Arbeiter haben wohl ein Recht darauf, daß die Stadtverwaltung in ausreichendem Maße für sie sorgt und sie ihren Kräften und Fähigkeiten entsprechend beschäftigt. Wir haben in Hannover bereits einen Fall zu verzeichnen, wo ein als Krüppel entlassener städtischer Arbeiter auch von der Stadtverwaltung abgewiesen wurde. Die Verantwortlichen: „Wenn heutzutage etwas her wird, werden wir Sie beibringen.“ können dem Mann nicht helfen.

Es muß deswegen sofort entsprechende Vorkehrungen getroffen werden, daß die Stadtverwaltungen es als ihre Ehrenpflicht betrachten, für die Kriegsverwundeten in weitestgehender Weise zu sorgen. Aber sofort hat das zu geschehen, damit der Stadtverwaltung Hannover der traurige Ruf all-in bleibt, einen zum Krüppel geschossenen städtischen Arbeiter abgewiesen zu haben, trotzdem er noch ziemlich verwendungsfähig war.

Noch auf eins sei hier hingewiesen. Es müssen jetzt ebenfalls von den Stadtverwaltungen umfassende Vorkehrungen getroffen werden, um die bei Beendigung des Krieges zweifellos bestehende große Arbeitslosigkeit zu steuern. Die Stadt hat bei Anfang des Krieges viele Arbeiten nicht ausführen lassen und auch jetzt noch, namentlich die Bauarbeiten, außerordentlich eingeschränkt. Man muß daher jetzt bereits die nötigen Vorarbeiten leisten und Vorkehrungen treffen, damit bei Entstehen der Arbeitslosigkeit für weitgehende Arbeitsmöglichkeit gesorgt wird. Das darf auch nicht als sogenannte Notstandsarbeit betrachtet und dementsprechend entlohnt werden, sondern hier müssen Löhne bezahlt werden, bei denen es einer Arbeiterfamilie möglich ist, auch mensächlich zu leben. Das haben die im Felde kämpfenden Arbeiter reichlich verdient.

Die Organisierung des Konsums und die Volkswirtschaft.

Einem Vortrage von Dr. Heinz Pothhoff, Düsseldorf im Bezirksausschuß für Konsumenteninteressen ist das folgende entnommen:

In dem Maße, in dem die Feinde den Kampf auf das Wirtschaftsleben verlegt haben, sind die Pflichten jedes Staatsbürgers gewachsen. Neben die allgemeine Wehrpflicht ist die allgemeine Wirtschaftspflicht getreten.

Alle unvermeidlichen Erschwernisse der Lebensführung nehmen Deutschlands Familien gern und willig in den Kauf. Aber wir sträuben uns dagegen, daß der Krieg für gewisse Kreise ein gewinnreiches Geschäft werde. Wir schauen vor dem Gedanken, daß Väter unseres Vaterlandes schmerzhaft über den Krieg quälten; daß sie ihm eine recht lange Dauer wünschen, weil ihr Weizen im Anflug der Gesamtheit blüht.

Der Wunsch, den Krieg als Grundlage für persönlichen Gewinn auszunutzen, ist allgemein verbreitet. Da ist kein Unterschied zwischen Landwirtschaft, Industrie, Handwerk und Handel, zwischen groß und klein, zwischen Stadt und Land. Wer etwas zu verkaufen hat, der nimmt die höchsten Preise, die er bekommen kann; ganz gleich, ob das deutsche Meer oder das rote Kreuz oder der hungrende Mitbürger Käufer ist. Und wer auf ein weiteres Steigen der Preise „hoffen“ kann, der hält seine Vorräte zurück, gibt auf Regierungsgrundfragen falsche Auskunft, tut alles, was er kann, um die Volkswirtschaft zu vernichten und dadurch seinen Gewinn zu erhöhen. Alle Moral ist in diesen Zeiten des Weltkampfes auf das höchste gespannt, nur die Geschäftsmoral ist tief gesunken. Der Bürger ist allgemeine Verleumdung geworden. Er wird auch als solche von Behörden anerkannt. Keine Handelskammer, keine Handwerkskammer, keine Landwirtschaftskammer, kein Fachverband hat sich noch gegen die Ausnutzung der Kriegsnot zur Wehrung gewandt. Die Verwaltungsbehörden bekämpfen die übertriebene Ausnutzung wohl mit Höchstpreisen, mit Beschlagnahme usw., aber nicht mit den bestehenden ordentlichen Gesetzen. Diese würden vollständig ausreichen, wenn sie nur von Staatsanwälten und Gerichten angewandt würden. Aber es scheint, als wäre der § 263 des Reichsstrafgesetzbuches gegen Verzug und der § 302a gegen Gewerbs- und gewohnheitsmäßigen Wucher völlig außer Kraft gesetzt.

Ein solcher Widerspruch der Geschäftsmoral gegen die übrige Volksmoral erklärt sich nur als Folge einer lang eingelebten falschen Auffassung des Wirtschaftslebens. Die moderne Wirtschaftsweise ist technisch ein ungeheurer Fortschritt, aber sie hat das Wirtschaftsleben auf den Kopf gestellt. Der Mensch ist nicht mehr Zweck der Wirtschaft, sondern nur noch ein Mittel zu einem höheren Zweck: Dem Geldverdienen. Einmal war das Gewerbe eine Art von öffentlichem Amte, heute ist das einzige Ziel des Gewerbes, ebenso des Handels, der Landwirtschaft der Profit. Es die auf den Markt geworfenen Kleider und Schuhe von Menschen getragen werden und von welchen Menschen, ist dem Fabrikanten völlig gleichgültig, er will nur am Abzug verdienen. Häuser werden nicht mehr gebaut, damit Menschen wohnen können, sondern damit Grundstücke rentabel verwertet werden.

Leider ist die staatliche Wirtschaftspolitik mit auf den Irrweg gelangt. Sie acht nicht von der Frage aus: Hier sind fast 70 Millionen Staatsangehörige, die sich nähren, leiden, wohnen, etwas lernen müssen; was kann geschehen, um ihnen die Nahrung

die Kleidung, die Wohnung usw. so reichlich und gut wie möglich zur Verfügung zu stellen? Sondern sie fragt umgekehrt. Zum Beispiel: Hier sind einige Millionen Menschen in der Landwirtschaft tätig. Was kann geschehen, um diese Tätigkeit gewinnreich zu machen, um die Rentabilität von Getreidebau und Viehzucht zu heben? Oder gar: Hier sind einige hundert Millionen im Aalibergbau angelegt; was muß geschehen, um diesem Kapital eine angemessene Verzinsung zu sichern? Unsere Politik geht aus von der Produktion statt vom Konsum. Im Interesse der Produktion und ihres Gewinnes beschränkt, verteuert sie den Konsum bestimmter Verbrauchsgegenstände. Als ob der Mensch auf der Welt wäre, um durch die Verzehrung bestimmte private Kapitalien rentabel zu machen!

Unter solchen Umständen ist es fast selbstverständlich, daß auch im Kriege die staatliche Wirtschaftspolitik nicht von den Kaufmännern, sondern von den Produzenten ausging. Die erste wirtschaftliche Maßnahme des Bundesrats war eine Kontingentierung des Zuckerauslasses, damit der Zucker, das einzige Nahrungsmittel, das im Ueberfluß vorhanden war, nicht durch Unterbindung des Auslandsabflusses billig würde. Als Höchstpreise für Korn eingeführt wurden, da waren sie höher, als die höchsten Marktpreise des letzten Menschenalters, obgleich die letzte Ernte gut ausgefallen und ohne erhebliche Mehrkosten eingebracht worden war. Als die Kriegsgetreideneisellschaft ihre Wehlpreise herabsetzte, da wurde als selbstverständlich verkündet, daß die Wehlpreise erst folgen könnten, wenn die älteren teureren Wehlvorräte aufgebraucht wären. Aber als die Entzerrungspreise für Hafer nachträglich um 50 M. für die Tonne erhöht wurden, da hatte diese Maßnahme rückwirkende Kraft und die früheren Lieferanten bekamen den Aufschlag nachträglich gesteuert. Bei Festsetzung der Höchstpreise für Kartoffeln haben die preussischen Minister es ausdrücklich ausgesprochen, daß die Landwirte tüchtig dabei verdienen sollten. Und als die drohende Kartoffelmot eine starke Abschlagung von Schweinen forderte, da zwang die Regierung alle großen Gemeinden, Kiesenmeigen von Dauerwaren aufzuhapeln, damit ja die Schweine sich hoch im Preise halten konnten.

Bei solchen Anschauungen in Regierungskreisen ist es fast selbstverständlich, daß nur die Produzenten organisiert sind. Landwirtschaft, Handwerk, Industrie und Handel haben ihre amtlichen Stammern als Interessenvertretungen. Nur diese werden in der Regel als Gutachter herangezogen, ihrem Urteil legt die Regierung hohes Gewicht bei. Es ist aber ein Mangel, daß die Produzenten nicht nur Sachverständige über die technische Seite ihrer Produktion sein, sondern auch über den Preis bestimmen sollen, den sie für die Produkte haben möchten. Hier muß ein Gegengewicht geschaffen werden in der Organisierung der Konsumenten. Diese hat nicht nur während des Krieges, sondern für die Dauer eine hohe Aufgabe. Denn es darf nicht so bleiben, wie es bisher war.

Die Erkenntnis ist durch den Krieg gekommen und wird hoffentlich nicht wieder verloren gehen. Wir verdanken sie unserem schüchternen Feinde, dem englischen Versuch einer Hungergerung Deutschlands. Die Absperrung der ausländischen Zufuhr hat uns genötigt, über eine rationelle Einrichtung unserer Ernährung nachzudenken, und wie eine Erleichterung ist es über uns gekommen, daß die Nahrungsmittel in einer Linie des Konsums wegen da sind.

Aus den Nöten dieses Weltkrieges muß die gefeierte Ueberzeugung hervorgehen, daß der Mensch die Hauptkraft im Staate und in aller Welt ist. Alle Wirtschaftspolitik muß vom Konsumenten ausgehen und fragen: Was kann geschehen, um die Millionen recht gut und reichlich mit allem zum Leben, zum Vorwärtskommen, zur kulturfördernden Dienen zu versehen? Die Konsumenteninteressen sind ganz allgemeine Interessen. Niemand hat sie nicht, denn Konsument ist jeder, und nur diejenigen haben Konsumenteninteressen, die zum Schaden ihrer Mitbürger verdienen möchten. Deswegen kann der Kriegsausbruch für Konsumenteninteressen alle anständigen und sozialgesinnten Bürger und Bürgerinnen zur Mitarbeit aufrufen. Die organisierte Kraft des Verbrauchs ist eine Macht, wenn sie sich nur bemüht betätigt. Sie kann die gegenwärtig verlebte Wirtschaftsauffassung und Wirtschaftspolitik zur Umkehr zwingen; kann verhindern, daß auf die schweren, opferreichen Kämpfe von 1914/15 wieder wie nach 1870/71 eine Zeit rücksichtsloser Profitgier und überhöhten Geschäftsschwinds folgt; sie kann die Grundlage einer sozialen Wirtschaftsauffassung legen, die sich auf dem Tabe aufbaut, daß es für den Staat kein anderes, höheres Ziel geben kann, als recht viele gesunde, lernungsfähige, aber auch arbeitsfähige, glückliche Menschen zu seinen Bürgern zu zählen.

◆ **Kriegsbriefe** ◆

Unser Verbandsvorsitzender Kollege **Redmann** schreibt uns anlässlich des Todes **Franz Sebalds**, der seit vielen Jahren sein lieber Freund gewesen ist: Capellen bei Antwerpen, den 1. August 1915. M. I. T. I. Nun ist es doch Wahrheit geworden, das Langgefürchtete: unser **Franz Sebald** ist als Opfer dieses entsetzlichen Krieges auf dem Felde der Ehre gefallen. Gestern hat mir dein Brief vom 24. 7. die Trauerkunde gebracht und gleichzeitig kam auch die Nummer der „Krausbeimer Volksstimme“ in meine Hände, die, den schweren Verlust beklagend, auf das Wirken des so früh Dahingegangenen hinweist und seine Verdienste für die Arbeiterbewegung, insbesondere für unseren Verband, würdigt. Ja, wir haben viel verloren und schwer werden wir künftig die Lücke empfinden, die sein Tod in unsere Reihen gerissen. Und nicht nur einen der tüchtigsten und fleißigsten Kämpfer für die Sache des Volkes verlieren wir in ihm, sondern auch einen persönlichen Freund, dessen Aufrichtigkeit und Treue über jedes Lob erhaben war und dessen unverwundlicher Mut über manche unangenehme Situation hinweghelfte. Meine Gefühle beim Lesen der Trauernachricht kann ich dir nicht beschreiben — wir alle haben mit **Franz Sebald** mehr verloren, als sich zurzeit ermessen läßt. Sein Andenken wird uns unvergänglich bleiben. Möge seiner tiefgebeugten **Frau nebst Kindern** der Gedanke eines schwanen Trost gewähren, daß es die Sache des Volkes ist, für die sie ihr Bestes opfern mußten. . . .

◆ **Aus der Praxis der Arbeiterversicherung** ◆

Unfallversicherungspflicht einer Gemeindefandgrube. Eine Gemeinde besitzt eine eigene Sandgrube. Den aus der Grube gewonnenen Sand benutzt die Gemeinde nur zum geringen Teil für ihre eigenen baulichen Zwecke, den weitesten größtenteils für ihre Erzbürger ab. In den drei Jahren von 1910 bis 1912 sind je etwa 220 Karren und etwa 50 Wagen Sand abgefahren worden, von denen die Gemeinde im Jahre 1910 20 Karren, 1911 10 Karren und 1912 nur 5 Karren selbst gebraucht hat.

Mit dem Graben des Sandes hat die Gemeinde ein für allemal eine bestimmte Person beauftragt und seinen Lohn für einen Karren Sand auf 30 Pf., für einen Wagen Sand auf 40 Pf. festgesetzt. Der Mann war eigens für das Graben angestellt, „damit die Grube in der richtigen Weise abgebaut werde“. Er grub den Sand auf Vorrat und gab ihn nach Bestellung an die Gemeindeangehörigen ab. Diese erhielten ihn unentgeltlich und hatten lediglich den von der Gemeinde an den Gräber zu zahlenden Lohn zu erstaten. Der Einfachheit halber zahlten sie den Betrag gleich an den Mann selbst.

Eines Tages verunlückte der Mann beim Graben. Die Berufsgenossenschaft wies seine Rentenansprüche ab, weil keine Versicherungspflicht vorgelegen hätte. Das Reichsversicherungsamt beurteilte jedoch die Steinbruchs-Berufsgenossenschaft mit folgender Begründung zur Zahlung:

„Nach § 337 Abs. 1 Nr. 1 der R.V.C. sind Gräbereien (Gruben) selbsthin versichert, nicht nur gewerbmäßige Gräbereien. Schon unter der Herrschaft des alten Rechts hatte die Rechtsprechung des Reichsversicherungsamts das von ihr ursprünglich angenommene Erfordernis der Gewerbmäßigkeit des Betriebes seit langem fallen gelassen. Es war daher nur zu entscheiden, ob bei dem Betriebe der in Rede stehenden Sandgrube nach Art und Umfang eine Gräberei im Sinne der Reichsversicherungsordnung vorliegt. Diese Frage mußte bejaht werden. Die Grube ist regelmäßig in Betrieb, wenn auch mit Unterbrechungen nach Lage des Bedarfs. Ein Mann ist eigens für das Graben angestellt. Damit die Grube in der richtigen Weise abgebaut wird“. Der Arbeitslohn hat jährlich mehr als 100 M. betragen. Der Sand wird auf Vorrat gehalten und dann an die Benutzer abgegeben. Hieraus ergibt sich, daß der Sand mit gewisser Regelmäßigkeit und in planmäßiger Weise gegraben wird. Damit ist aber eine Gräberei im Sinne des Gesetzes vorhanden. Die Steinbruchs-Berufsgenossenschaft ist daher zur Entschädigung verpflichtet, wenn die Sandgrube nicht Nebenbetrieb oder wesentlicher Bestandteil (Hilfsbetrieb) eines anderen Betriebes der Gemeinde ist. Das ist aber nicht der Fall. Den Gemeindefandarbeiten kann die Sandgrube nicht angegliedert werden, da zu wenig von dem gewonnenen Sande für Bauzwecke der Gemeinde verwendet wird. Als Nebenbetrieb der Landwirtschaft kann sie nicht in Betracht kommen, da die Gemeinde eigene Landwirtschaft nicht betreibt, sondern ihre landwirtschaftliche Arbeit verpachtet hat.“

• **Wochenbericht vom Krieg** •

Berlin, 9. August 1915.

Eine Woche voller Siegesnachrichten! Freilich kommt die Befreiung Warschau und Zwangorods nicht überraschend. Dennoch bleibt — trotz aller „Vorbereitungen“ der französisch-russisch-englischen Presse — der überaus starke Eindruck einer politischen und militärischen Niederlage des Bierverbandes, die eine entscheidende Wendung im Gefolge haben kann. Die Russen gelten zwar als Meister des taktischen Rückzuges; aber die Gefährdung von Riga bis Brest-Litowsk ist doch bereits so groß, daß die völlige Neugruppierung einer russischen Widerstandslinie ganz unwahrscheinlich ist. Bereits hört man denn auch Stimmen aus England und Frankreich, die das feste Gerode von der „völligen Vernichtung“ der Zentralmächte preisgeben und eine „gefährliche Wendung der Kriegslage“ ankündigen. Andererseits wird erneut vom Bierverband versucht, einige Balkanstaaten durch „Umgruppierung“ der Versprechungen ins Verderben hineinzuziehen. — Bei Bulgarien erscheint uns das (ähnlich wie bei Japan) aussichtslos, während man bei Rumänien und Griechenland auf alles gefaßt sein muß. Möglich ist auch, daß Bulgarien doch noch gegen Serbien losschlägt, was neue Kriegsoopfer kosten würde. — Ueber die Mannschftsverluste der Gegner berichtet die „Ref. Ztg.“: „Die französische Hilfs-Gesellschaft in New York hat dort einen Aufruf veröffentlicht und dabei angegeben, daß bis 1. Juni 1915 (also ohne die Schlacht bei Arras mit ihren schrecklichen Verlusten) die Menschenverluste Frankreichs sich auf 1 400 000 stellen, davon werden rund 400 000 als tot, 700 000 als verwundet und die restlichen 300 000 als gefangen bezeichnet. Die Schätzung für die Engländer ergibt bis 1. Juni: 116 000 gefallen, 229 000 verwundet und 83 000 vermißt oder gefangen, zusammen also 428 000. Für Rußland lauten die als unbestimmt bezichneten Angaben offenbar viel zu niedrig auf 733 000, 1 982 000 und 770 000, zusammen also 3 1/2 Millionen. Die Ziffern für Rußland können darum nicht stimmen, weil allein 1 1/2 Millionen Russen als gefangen gemeldet sind.“ — Aber auch Deutschland hat bereits ungeheure Opfer gebracht. Deshalb ist es wahrlich nicht verwunderlich, wenn die großen Siege der letzten Zeit die Friedenshoffnungen stärker werden lassen. Ende Juli hat sich auch der Papst in einem Manifest für den baldigen Frieden ausgesprochen. — Politische und wirtschaftliche Angelegen für nahen Friedensschluß sind freilich nirgends wahrzunehmen. Man bereitet in allen Ländern den Winterfeldzug vor und wenn die militärischen Vorgänge nicht einen ganz unerwartet schnellen Entschluß bringen, müssen wir wohl auf diese weitere Kriegsjährlichkeit gefaßt sein.

Nachfolgend wichtige Einzelvorgänge: **1. August.** In den Aragonen (147 Gef.) und Vogesen Teilkämpfe. — In Ostland wird Witau (500 Gef.) bei Ostlich Poniewiez gütiglich vernichtet. — Nordwestlich Komza Vordringen zum Karow. (500 Gef.) — Armee v. Wortsch geht östlich vorwärts. (1500 Gefangene, 8 Maschinengewehre. — Oesterreich-ungarische Truppen ziehen den Balkreis um Zwangorod enger. 15 Offiziere, 2300 Mann gefangen, 32 Geschütze, 11 Maschinengewehre und viel Kriegsmaterial erbeutet. — Armee v. Madensen verfolgt östlich bis Muraw (600 Gef.) und Wladimir Wolost. — **2. August.** Ostlich Poniewiez weichen die Russen (1250 Gef.). — Erfolgreiche Kämpfe bei Komza (3000 Gef.). — Armeen v. Wortsch dringen zwischen Warschau und Zwangorod vor (750 Gef.). — Russen räumen die Stellungen nördlich Cholm. 3300 Gefangene, mehrere Maschinengewehre. — Oesterreicher nehmen Lenczua. — Seitige italienische Angriffe beim Plateau Polazzo schertern. — **3. August.** Nördöstlich wird bis Kupitski verfolgt. — Karow-Hebergänge bei Stroskenfa werden genommen. Mehrere tausend Gefangene, 17 Maschinengewehre. — Vor Warschau werden die Russen aus der Moniestellung in die äußerste Frontlinie geworfen. Armee Prinz Leopold von Palein greift Warschau an. — Armee v. Bourich dringt weiter vor. Oesterreicher sind im Besitz der westlichen Festung Zwangorod bis zur Weichsel. — Zwischen Bug und Weichsel weichen die Russen. — An der italienischen Grenze Teilkämpfe. — **4. August.** In Ostland schlägt deutsche Kavallerie die russische bei Genaize, Kirchi und Cnischin, 2225 Gefangene. — Armeen v. Scholtz und v. Gallwitz drängen gegen Straße Komzaw-Titrow. Buzzkow vor. 23 Offiziere, 1410 Mann gefangen, 17 Maschinengewehre. — Armee Prinz Leopold nimmt äußere Frontlinie von Warschau. Zwischen Bug und Weichsel Verfolgung der Russen. — Zwangorod von den Oesterreichern befreit! — **5. August.** Warschau (Polens Hauptstadt mit 1 Million Einwohner) erobert! — In Ostland erfolgreiche Heiterkämpfe. — An der

Karewfront weitere Fortschritte. — Russen beschließen von Praga (östl. Vorstadt) mit Artillerie und Infanterie das westliche Warschau — Armee v. Madensen führt bei Sawin (nördlich Cholm) Verfolgungskämpfe. — Italienische Angriffe schertern überall. — Ein österreichisches U-Boot hat das italienische U-Boot „Meride“ torpediert und versenkt! — Italienisches Luftschiff „Citta di Jessi“ wird durch österreichisches Schrapnellfeuer heruntergeholt und nach Pola gebracht. Besatzung (6) gefangen. — **6. August.** Bei Komzaw Fortschritte. 500 Gefangene. — Armeen v. Scholtz und v. Gallwitz haben feindlichen Widerstand zwischen Komzaw und Bugmündung gebrochen. — Ergebnis dieser Kämpfe (1. 8. bis 6. 8.): 85 Offiziere, 14200 Mann gefangen, 6 Geschütze, 8 Minenwerfer, 60 Maschinengewehre erbeutet. — Einschließungstruppen von Nowo-Georgiewsk drängen bis zum Karow durch. Fort Temba genommen. Südlich bis Bientaw an der Weichsel. — In Warschau dauert Beschließung vom östlichen Weichselufer (durch Russen!) fort. — Deutsche Luftschiffe besetzen Nowo-Minsk und Siedlec mit Bomben. — Zwischen Weichsel und Bug sind feindliche Stellungen bei Kuslowo zerstört. — Der österreichische Flottenkommandant berichtet nachträglich: Am 29. 7. sank italienisches U-Boot „Nautilus“. Drei italienische Torpedoboote sind mit Beschädigung in letzter Zeit den österreichischen Minen zum Opfer gefallen. — **7. August.** Deutsche Karowarmeen nähern sich Buzzkow. Serock an der Bugmündung wurde besetzt. — Vor Nowo-Georgiewsk sind die Befestigungen von Jarze genommen. — Bei Warschau ist das östliche Weichselufer gewonnen. — Zwischen Weichsel und Bug Rückzug der Russen und heftige Kämpfe. — Die Oesterreicher haben Lubatow und Michow besetzt. 23 Offiziere, 6000 Mann gefangen, 2 Geschütze, 11 Maschinengewehre erbeutet. — In Tschaalzien unveränderte Lage. — Weitere italienische Angriffe juristisch gescheitert. — An den Dardanellen ist wieder ein französisches Unterseeboot vernichtet, sonst keine Veränderung.

• **Aus den Stadtparlamenten** •

Kriegs-Teuerungszulage.

Baden-Baden. Der Stadtrat hat beschlossen, den gering besoldeten Beamten, Angestellten und Arbeitern der Stadt eine Kriegsteuerungszulage zu bewilligen in der Weise, daß den verheirateten, nicht im Kriegsgebiet lebenden Angestellten und Arbeitern mit einem Einkommen unter 1800 M. vom 1. Juni ab bis zum 30. September eine persönliche Teuerungszulage von monatlich 5 M. gewährt wird. Hierdurch darf der Einkommensbetrag von 1800 M. nicht überschritten werden. Außerdem erhalten diese Beamten für ihre unter 15 Jahre alten Kinder in der gleichen Zeit eine Kinderzulage monatlich: für ein Kind 3 M., für zwei Kinder 6 M., für drei Kinder 8 M., für vier und mehr Kinder 10 M. Ledige Beamte und Arbeiter sollen von der persönlichen Zulage im allgemeinen ausgeschlossen sein.

Gießen. Mit monatelanger Verzögerung ist endlich unsere Eingabe um Gewährung einer Teuerungszulage erledigt worden. Die Stadtverwaltung hatte eine Zulage von 2 Pf. für die Stunde vorgezogen. Dem Finanzausschuß war das aber doch etwas zu wenig und er beantragte eine monatliche Zulage von 6 M. Zur Begründung hierfür wurde vor allem auf den Umstand hingewiesen, daß ein großer Teil der städtischen Arbeiter im Winter mit verkürzter Arbeitszeit zu rechnen habe. Würde also die Zulage für die Stunde berechnet werden, so wären die Arbeiter im Winter, gerade zu der Zeit, wo die Ausgaben steigen, geschädigt worden. Dem Stadtp. Münznagel war auch die Zulage von 6 M. monatlich noch zu gering, er beantragte, mindestens 3 M. wöchentlich zu zahlen. Wegen dieser Anträge wandte sich der Eberbürgermeister, der auf die hohen Kosten hinwies. Die Vorlage des Finanzausschusses erfordere bereits 7000 M. und hinaus läme noch, daß in diesem Jahre die durch den Anfall des Urlaubes erwarteten Gelder an die Arbeiter verteilt werden sollen. Bei dem Arbeitermangel sei in diesem Jahre Urlaubsbereitstellung ausgeschlossen, es fell dafür eine bare Aufwandssumme gezahlt werden. Dem dadurch wurden, wie der Eberbürgermeister meinte, die Arbeiter in die erkrankte Lage verwickelt, sich einmal etwas mehr in der Ernährung bieten zu können, was dann auch gewissermaßen eine Erholung sei, wodurch sie für den entgangenen Urlaub entschädigt würden. — Dieser Ansicht vermögen wir uns nicht anzuschließen. Dem Arbeiter wäre mehr geboten, wenn er sich durch die Erteilung des Urlaubes einmal ein paar Tage von täglichen Nöden befreien könnte! — Der Vorlage des Finanzausschusses wurde zugestimmt.

Wiesbaden. An der Stadtverordnetenversammlung vom 25. Juli führte der Eberbürgermeister aus: Es liegt schon seit einiger Zeit eine Eingabe des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter um eine Teuerungszulage vor. Die meisten Städte haben die Eingabe wohlwollend berücksichtigt. Wenn man sich bei der Kommmissionsberatung auch der Tatsache nicht verschließen habe, daß die städtischen Arbeiter eine Reihe von Rechtsgarantien genießen, die

anderen kleinen Leuten nicht zusehen, und andererseits der geringe Gewerbetreibende in dieser Zeit von seiner Seite eine Zulage erwarten könne, so habe er doch einstimmig beschlossen, eine Teuerungszulage vorzuschlagen vom 1. Juli 1915 an zu werden, die länger als deren Einkommen 1600 Kinder sollen monatlich 2 ... , solche mit 1 Kind 5 M., mit 2 = 6 M., mit 3 = 7 M., mit 4 = 8 M., mit 5 und mehr Kindern monatlich 9 M. erhalten. Verwitwete sollen den Verheirateten gleichgestellt. Es kommen nur dem Hausstande angehörige Kinder unter 15 Jahren in Betracht. Ledigen Arbeitern, die in gemeinschaftlichem Haushalt den Unterhalt von Verwandten aufsteigeren Linie ganz oder überwiegend aus ihrem Arbeitsverdienst bestritten haben, wird eine Kriegsteuerungszulage von 3 M. monatlich unter den gleichen Voraussetzungen wie für Verheiratete gewährt. Zum Kriegsdienst einberufene Arbeiter und Hilfskräfte erhalten die Teuerungszulage nicht. Auf Beamte und Bedienstete sollen diese Bestimmungen sinngemäße Anwendung finden. — Nach längerer, nicht gerade erfreulicher Debatte wurde die Vorlage schließlich doch einstimmig angenommen.

Landshut. Eine Teuerungszulage für die städtischen Arbeiter, die unter 2000 M. Jahresverdienst haben, hatte in der Höhe von täglich 30 Pf. Gem.-Dev. Kellerer beantragt. Inzwischen haben die Kollegen eine Wochenzulage von 1 M. und pro Kind 30 Pf. genehmigt, wozu nun auch der Antragsteller den Zusatz wünscht, daß alle diesen Zuschlag erhalten ohne Ausnahme, auch wenn es sich nur um die Unterernährung einer alten Mutter usw. handelt.

Nürnberg. Der Magistrat hat sich in seiner Sitzung vom 6. August endgültig mit der Teuerungszulage befaßt, und das Ergebnis der Verhandlungen war die vom Gemeindefollegium (s. „G.“ 32) schon beschlossene Wiederherstellung des Ausschüttungstatens. Die Gegner dieses Gutachtens blieben zwar auf ihrem Standpunkt bestehen, daß es „nicht gerecht“ sei, den Arbeitern 10 Pf. tägliche Teuerungszulage mehr zu geben als den Beamten, und der Führer der Opposition M.-M. Berjen gab eine Erklärung in diesem Sinne ab. Er meinte, daß die im Gemeindefollegium vorgebrachten Gründe ihm nicht von seiner Anschauung bekehren konnten, hütete sich aber, diese Gründe zu widerlegen. Die Abstimmung ergab den Beitritt des Magistrats zum Kollegiumsbeschuß mit 14 gegen 10 Stimmen. Damit ist das Gutachten des Ausschusses wirksam geworden, das für die städtischen Arbeiter eine tägliche Zulage von 30 bzw. 20 Pf. vorseht.

Röhrsd. Den städtischen Arbeitern soll für jedes Kind bis zu 15 Jahren eine wöchentliche Zulage von 50 Pf. bewilligt werden.

Sonneberg. Der Gemeinderat bewilligte den ständigen städtischen Arbeitern eine Kriegsteuerungszulage von täglich 20 Pf., rückwirkend vom 1. April 1915 ab. Dagegen wurde ein erweiterter Antrag, auch den nicht ständig Beschäftigten eine Aufbesserung zu bewilligen, abgelehnt.

♦ Aus unserer Bewegung ♦

Hamburg. In der Julierversammlung erstattete der Kassierer W. K. den Bericht über unsere Einnahmen und Ausgaben im ersten Halbjahr 1915. Die Einnahmen betragen im ersten Vierteljahr 49 922,35 M. und im zweiten Vierteljahr 44 746,40 M. In dieser Zeit wurden als Einnahme im einzelnen, soweit dies bemerkenswert ist, gebucht: als Wochenbeiträge der Mitglieder 25 321,50 M. bzw. 23 151,50 M.; Kriegsbilanzbeiträge der Kriegserfahrenen 10 546,20 M. bzw. 12 557,40 M.; Kriegsmarken (25 Pf.) 47 147,75 M. bzw. 21 207,75 M.; Gewerkschaftshausmarken 24 38,50 bzw. 219 M.; Gewinn an der Kriegsanleihe 510 M. Unter den Ausgaben finden wir im ersten Vierteljahr: im ersten Vierteljahr 16 888,60 M. und im zweiten Vierteljahr 17 117,75 M.; davon zu Lasten der Filialkasse 6780,67 M. bzw. 9069,50 M. Die Filialkasse wurde also insofern um fast ein Drittel mehr belastet, und zwar in der Hauptsache durch die Verrechnung der Unterbringung der Kriegserfahrenen. In dieser Hinsicht zahlte im ersten Vierteljahr die Hauptkasse 3103 M. und die Filialkasse 4639,50 M., im zweiten Vierteljahr aber die Hauptkasse nur noch 2703,75 M. und dagegen die Filialkasse 7020,75 M. An das Gewerkschaftshaus wurde die einmalige Unterbringung im Betrage von 5000 M., dem aber an Beiträgen im ganzen nur 3655,50 M. gegenübergebracht, gezahlt, und die dritte Rate zum Saalbaufonds im Betrage von 2868 M. wurde an die zuständige Stelle abgeführt. Das zinstragende Vermögen also die Stammanteile zum Gewerkschaftshaus und zum „Vollwohl“ im Betrage von 12 000 bzw. 500 M. nicht gerechnet betrug Ende 1914 109 760,12 M., am Schluß des ersten Vierteljahres 1915 116 247,50 M. und des zweiten Vierteljahres 121 641,66 M. Zur zweiten, fünfprozentigen Kriegsanleihe zeichneten wir 30 000 M., eine vorteilhafte Kapitalanlage. Die Beitragserhöhung vom 1. Juli 1915 an zahlen männliche Mitglieder 65 Pf. wöchentlich oder 5 Pf. mehr als bisher) ist ohne Schwierigkeiten durchgeführt, fast alle Mitglieder erklärten ihr Einverständnis. Wir werden am Ende des Kriegs ungeschwächt dastehen.

Flauen (Vogtland). Zum dritten Male beschäftigte sich das Stadtverordnetenkollegium mit unserer Eingabe wegen Teuerungszulage. Nach den Verhandlungen gewinnt es den Anschein, als ob Flauen die einzige Großstadt Sachsens sein will, die sich zur Gewährung einer Teuerungszulage nicht aufzuschwingen vermag. Denn der Beschluß der bürgerlichen Mehrheit, „die Vorlage wegen Gewährung einer Teuerungszulage während des Krieges an die städtischen Arbeiter zunächst an den Rat mit dem Ersuchen um Erörterungen darüber zurückzugeben, welche besonders bedürftigen Arbeiter mit kinderreicher Familie bei Gewährung einer Zulage zu berücksichtigen sein würden und welcher Beitrag bei der Gewährung der Zulage vom 1. Oktober 1915 (!) ab erforderlich wäre,“ bedeutet in Wirklichkeit nichts weiter als ein Begräbnis erster Klasse! Und die Gründe? Stadtv. Groß als Berichterstatter führte aus, daß auch diesmal, trotz allem Wohlwollen (!), keine Vorschläge gemacht werden könnten. Würde man nur pro Tag 25 Pf. bewilligen, so würden 34 000 M. erforderlich sein, diese Last könne die Stadt nicht auf sich nehmen. Wenn aber den Arbeitern etwas gegeben würde, so kämen dann auch die Arbeitslosen, Schulente usw. Ja, es sei zu befürchten, daß dann auch die Arbeitslosen- und Kriegsunterstützung erhöht werden müßte. Die Folgen seien also unüberschaubar! Als weiterer Grund für die Zurückweisung wurde angeführt, daß nach den Mitteilungen des Deutschen Städtebundes vom Mai dieses Jahres 71 Städte die Gewährung von Teuerungszulagen abgelehnt hätten! Flauen stehe also nicht allein da! Das ist für die Arbeiter allerdings ein „schöner“ Trost. Alle Bemühungen unserer Genossen waren vergeblich, die bürgerlichen Herren blieben bei ihrem Beschluß. In einer Versammlung am 31. Juli, die aber noch besser besucht sein konnte, nahmen unsere Kollegen den Bericht über diese Verhandlungen entgegen. In die Berichterstattung knüpfte sich eine lebhaftige Debatte, deren Ergebnis sich zusammenfassen läßt in der Mahnung: Stärkt die Ergenijation! Erwerbt das Bürgerrecht!

♦ Aus den deutschen Gewerkschaften ♦

Ein Kriegsjahr. Das „Correspondenzblatt“ der Generalkommission bemerkt in seiner Kriegsjahresübersicht u. a.: „Die staatlichen und kommunalen Organe haben sich mit sozialen Aufgaben beschäftigen müssen, die sie vor dem Kriege weit von sich wiesen. Das ist die eine Tatsache, die es festzuhalten gilt. Auf der anderen Seite aber kann das gesamte Volk für sich in Anspruch nehmen, daß es sich schnell und ohne Kopfschmerzen zu werden, in den neuen Verhältnissen zurechtzufinden mußte. Es ist keine kleine Leistung, 70 Millionen Menschen auf eine im Verhältnis zu den früheren Wohnverhältnissen kleine Prostration zu setzen und damit allgemeines Verständnis zu finden. Das letztere setzt eine Opferwilligkeit der Volksmassen voraus, die nur bei einem politisch und sozial reifen Volke vorhanden sein kann. . . . An diesen Tatsachen darf in der Zukunft nicht achtlos vorübergegangen werden. Ein Volk, das solcher Opfer fähig ist und sie gern bringt, um seine Existenz und Entwicklungsfreiheit sicherzustellen, kann nicht nach den Maximen einer heinlichen Bürokratie „regiert“ werden. Der Kampf gilt augenblicklich der Freiheit nach außen, aber er wird auch geführt um die Freiheit im Innern. Die verbitternde Politik der Nationalisten und der Entretung darf keinen Boden mehr in Deutschland haben. Die Zeit ist nicht geeignet, sich näher mit diesen Fragen zu beschäftigen, so lange der Feind vor den Toren steht. Aber wir halten es doch für angebracht, daran zu erinnern, daß die vom Reichskanzler im Reichstage angekündigte Neuorientierung der inneren Politik eine größere Bedeutung erlangen muß als eine gewöhnliche Redewendung. Wir zweifeln an der Aufrichtigkeit der Aufständigung nicht, aber wir kennen auch zur Genüge die Kreise und ihre Macht, die eine solche Neuorientierung mehr fürchten als die russische Dampfwalze. Der Burgfrieden, der notwendig vor einem Jahre proklamiert werden mußte und dem sich unsere Gewerkschaften selbstverständlich gefügt haben, gehört zu den Erscheinungen des Krieges, die nicht ohne Einfluß auf kommende Zeiten bleiben dürfen. Unter diesem Burgfrieden haben Unternehmer- und Arbeiterorganisationen in mehreren Gewerben sich zusammengefunden, um gemeinsame Arbeit für einen gemeinsamen Zweck zu leisten. Auch das ist ein Glied in der deutschen „Kriegsorganisation“ gewesen, über dessen Erfolge sich noch kein abschließendes Urteil bilden läßt. Mandes ist doch erreicht worden, und die in der Auslandspresse befandete Auffassung, in Deutschland arbeite nur die Kriegsindustrie, ist ganz falsch. In der letzten Juniwoche waren in den deutschen Gewerkschaften nur 2,6 Proz. des erfassten Mitgliederbestandes arbeitslos. Das beweist, daß nicht nur die Kriegsindustrie beschäftigt ist. Ein großes Volk, das in Friedenszeiten im wesentlichen für seinen inneren Markt arbeitet, hat auch in Kriegsjahren einen eigenen Bedarf zu decken. Aber es darf nicht unausgesprochen bleiben, daß das Zusammenwirken der Unternehmer- und Arbeiterorganisationen dazu beitragen hat, sowohl Arbeit zu schaffen als auch die vorhandene Arbeit so einzuteilen, daß die Arbeitslosigkeit dadurch eingeschränkt werden konnte. Und gerade die letztere Tatsache muß für die

Kommende Friedenszeit ein Leitern sein. Auch dann wird es wirtschaftliche Krisenperioden geben, in denen durch ein vernünftiges Zusammenwirken die vorhandene Arbeit so verteilt werden kann, daß eine Begrenzung der absoluten Arbeitslosigkeit erfolgt. Die Grundlage dafür wurde bei Kriegsbeginn gesetzt: die Produktion, daß die Tarifverträge für die Dauer des Krieges eingehalten werden müssen. Auf dem Boden der Tarifverträge wird ein Zusammenwirken zu genanntem Zweck durchaus möglich sein. Tausende freilich muß das Problem der Arbeitslosenverflechtung endlich seine Lösung finden. Die Gewerkschaften haben in einem Kriegsjahre enorme Opfer zur Unterstützung der während der ersten Monate zahlreich Arbeitslosen gebracht und auch von den Gemeinden und anderen öffentlichen Körperschaften sind Mittel bereitgestellt worden. Aber ohne die Gewerkschaften wäre das Los der Arbeitslosen doch sehr traurig geworden und ihre Anwesenheit wäre auf Null herabgesunken. . . . Auf dem Gebiete der Arbeitsvermittlung hat der Burgfrieden veriaht. Wohl ist in der Arbeitsvermittlung einiges erreicht worden und mit Hilfe der Gewerkschaften konnte beim Kriegsausbruch die Einbringung der Leute sichergestellt werden. Aber zu einer Regelung der Arbeitsvermittlung ist man doch nicht gekommen. . . . Erfreulicher gestaltet sich das bürgfriedliche Zusammenwirken der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen in mehreren wichtigen Fragen, und der Gedanke ist von Ulrich Dunderjäger Seite zuerst ausgesprochen worden, dieses Zusammenwirken auch nach dem Kriege fortzusetzen. Wir haben unsere zunehmende Ansicht damals sofort kundgegeben und auch von deutscher Seite ist unter Vorbehalt die gleiche Auffassung geäußert worden. Inzwischen ist in mehreren Fragen ein solches Zusammenwirken erfolgt und die Erfahrungen werden zeigen, daß damit den Arbeiterinteressen gedient wird. An eine Aufgabe der grundsätzlichen Stellung der einzelnen Richtungen ist schon vorläufig nicht zu denken. Die grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten müssen ausgeglichen werden. Die Formen dieses Meinungskampfes könnten allerdings etwas ansprechender werden als bisher, und ein Zusammengehen in Fragen, die ein gemeinsames Interesse der Arbeiter berühren, wird von selbst die Kampfformen in den grundsätzlichen Fragen ändern. Daß unsere grundsätzliche Beurteilung der Lage und der sozialen Aufgaben der Arbeiterklasse durch das Kriegsjahr sich nicht geändert hat und nicht ändern konnte, brauche nicht ausgesprochen werden, wenn nicht innerhalb der Arbeiterbewegung selbst jene Aulenkufe wieder ertönt wären, die eine „Verdampfung“ in Aussicht stellen. Die Weise und auch der Zeit waren seit einem Vierteljahrhundert die gleichen. In dem getraden und kraftbewußten Aufmarsch der Gewerkschaften haben sie nichts ändern können. Und das wird auch in der Zukunft so bleiben. Solange die Massenengegenstände zwischen Kapital und Arbeit in der Welt bestehen bleiben, werden die Gewerkschaften Kampforganisationen bleiben und bleiben müssen, um die Arbeiterinteressen wahrnehmen zu können. Aber sie werden ihre Taktik und ihre Methoden selbst bestimmen, sie werden diese den tatsächlichen Verhältnissen des praktischen Lebens anpassen, wie sie es bisher getan haben. Für die Volkswirtschaftslehre Philosophie ist in diesen mühsamen und opfervollen Kämpfen keine Verwendung. Wenn wir also einen kurzen Rückblick auf das vergangene Kriegsjahr werfen, muß es uns mit Genugtuung erfüllen, daß es unserem Volke gelungen ist, durch einmütiges Zusammenhalten und treue Pflichterfüllung auf der ganzen Linie den Ansturm der Feinde zurückzuschlagen. Wir zweifeln keinen Augenblick daran, daß dieses auch fernerhin gelingen wird, gelingen muß, denn eine Niederlage würde in erster Linie der Arbeiterklasse Deutschlands tödliche Wunden schlagen. Wir haben in Deutschland auch eine Arbeiterkultur zu entwickeln und wichtige, in schweren Kämpfen erzwungene Fortschritte auf sozialem, wirtschaftlichem und politischem Gebiete. Und darum kann es nur eine Parole geben: Durchhalten, bis unsere Gegner zum Frieden geneigt sind. An dem Friedenswillen des deutschen Volkes kann heute wie zuvor kein Zweifel bestehen. Aber auch darüber darf kein Zweifel gelassen werden, daß die Spekulation in der Uneinigkeit des deutschen Volkes eine Spekulation in der Luft ist. Solange die Feinde nicht zum Frieden geneigt sind, erfordern sowohl unsere geographische Lage wie auch die unersättlichen Interessen der Arbeiterklasse das unverbrüchliche Zusammenhalten aller Volksteile.

Das Jahr.

Jahr des ermordeten Lebensmutes!
 Jahr der Tränen! Jahr des Blutes!
 Jahr der Getroffenen, Gefangenen, Vertriebenen!
 Jahr der so tröstlich Zurückgebliebenen!
 Jahr der verwühlten Förster und Heider!
 Jahr der granatendurchbohrten Wälder!
 Und im gleichen Jahre glühte
 Stern wie Sonne, Aste blühte,
 Nachtigall sang, Morgen grante,
 Nebel entwirrte sich, Himmel erblaute.
 Alles im selben Jahr des Verderbens!
 Jahr des letzten Völkertreibens! Josef Kautzold.

Rundschau

Trauerfeier für Franz Sebalb. Eine große Zahl Verbandskollegen, Genossen und Freunde nahmen in einer würdigen Trauerfeier, die am 8. August im Münchener Gewerkschaftshaus stattfand, von Franz Sebalb Abschied. Der Gemeinde- und Staatsarbeiterverband, Ortsgruppe München, hatte es für seine Ehrenpflicht gehalten, seinen als Opfer des Weltkrieges gefallenen Gauleiter, an dessen Sarg zu stehen seinem seiner vielen Freunde in der Heimat verjüngt war, eine Stunde stillen Gedenkens zu weihen. Der große Saal des Gewerkschaftshauses faßte die Trauernden nicht alle, die gekommen waren, ihrem Verbandskollegen, ihrem Parteigenossen und Freunde den letzten stillen Gruß zu senden, und es war ein sichtbarer Ausdruck der Wertschätzung, deren sich Sebalb unter der Arbeiterschaft im allgemeinen und unter den Gemeinde- und Staatsarbeitern im besonderen erfreut hatte, daß der größte Raum des Münchener Gewerkschaftshauses noch zu klein war, die um Sebalb Trauernden alle aufzunehmen. Viele von denen, die den Toten noch einmal grüßten, empfanden den Schmerz um ihn als etwas Persönliches und alle, wie sie gekommen waren, nahmen Abschied von einem Manne, der viel zu früh aus einem aufopferungsreichen Leben im Dienste der proletarischen Sache geschieden war. Der verdunkelte Saal, der durch die elektrische Deckenbeleuchtung ein gedämpftes Licht empfing, war stimmungsvoll hergerichtet. Hohe Lorbeerbäume füllten die Saalecken und leuchteten an die schlanken Träger, und inmitten eines Lorbeerarrangements stand das lebensgroße Brustbild des Toten, darunter der prächtige, mit einer Schleife in den Stadtfarben geschmückte Kranz, mit dem die Stadtgemeinde den verwahren Platz Sebalbs im Gemeindefollegium geehrt hatte. Neben den Münchener Kollegen und Freunden, Angehörigen der sozialdemokratischen Mathausfraktion und Vertretern des Gewerkschaftsvereins waren auch Mitglieder einiger auswärtiger Filialen erschienen. Vom Hauptvorstand war Hauptflorierkollege Ahmann entsandt worden. Der Arbeitergesangverein Reuthausen leitete die Feier mit dem Schottischen Vardendor ein, worauf Ahmann in bewegten Worten die letzten Grüße des Hauptvorstandes überbrachte. Er feierte Sebalb, dessen früherer Tod eine empfindliche Lücke im Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter gerissen, als den unermülich tätigen und tüchtigen Verbandsbeamten, dessen Name einst in der Geschichte der Organisation einen Ehrenplatz einnehmen werde. Der stellvertretende Gauleiter Weigal gedachte Sebalbs aufopfernder Tätigkeit als Gauleiter und zeichnete ein kurzes Bild seiner erfolgreichen Organisationsarbeit, ein Bild, das Kollege Weiß in herzlichen Worten der Anerkennung namens der Münchener Mitgliedschaft der Organisation noch ergänzte. Gemeindebevollmächtigter Genosse Nidinger widmete dem zu früh geschiedenen Genossen im Namen der sozialdemokratischen Partei und der sozialdemokratischen Mathausfraktion Worte ehrenden Gedenkens und hob insbesondere die Verdienste Sebalbs hervor, die er sich als Gemeindevertreter um die Sache der Arbeiterschaft erworben hat. Im Namen des Gewerkschaftsvereins München überbrachte dessen erster Vorsitzender Genosse Timm die letzten Grüße an den wackeren Gewerkschaftler, der an allen Organisationsbestrebungen und an allen Errungenschaften der Münchener Arbeiterschaft stets regsten Anteil genommen. Die ehrenden Worte der sämtlichen Genossen klangen in dem Gedächtnis aus, Sebalbs Verdienste in un- wandelbarer Treue hochzuhalten und an dem Aufstieg der Arbeiterbewegung unermülich weiter zu arbeiten. Mit dem Schlußchor „Wer für die Freiheit ist gestorben“ nahmen die zahlreichen Trauergäste von Franz Sebalb Abschied.

Nachruf für unseren Kollegen Franz Sebalb in München. In der letzten Sitzung des Gemeindefollegiums widmete Vorstand Witt dem im Felde gefallenen Kollegen Sebalb folgenden Nachruf: „Am 27. Juli traf uns die schmerzliche Kunde, daß unser Kollege, der Gemeindebevollmächtigte Franz Sebalb, am 22. Juli in den Wäldern den Heldentod fürs Vaterland gestorben ist. Sebalb erreichte ein Alter von nicht ganz 38 Jahren. Mitglied unseres Gemeindefollegiums war er seit 1911. Wie in seinem beruflichen Leben, so hat sich unser entschlagener Kollege durch seinen regen Eifer, sein kluges Urteil, namentlich in sozialen Fragen, und seine große Selbsttätigkeit auch innerhalb der städtischen Kollegen bald Achtung und Ansehen erlangt. Seine hauptsächlichste Tätigkeit entfaltete Sebalb in unserer Verwaltungsausschuss, im verwaltenden Ausschuss der Gasanlagen und im Ausschuss für soziale Fragen. Er war überall bemüht, in irdener Gewissenhaftigkeit, die mit dem Amte eines Gemeindebevollmächtigten verbundenen Pflichten treu zu erfüllen, bis ihn am 5. August des vorigen Jahres der Weltkrieg zu den Waffen rief. Daß Sebalb auch dort seine Pflicht tat, be-

weist das Eisene Kreuz, das seine Brust schmückte. Nach einem Jahre schwerer Kämpfe hat auch ihn der Tod, der in dieser tiefen Zeit so viele Ernte hält, ereilt. Wir trauern um einen treuen, schaffensfreudigen Kollegen, der beweist wird von einer Mannes- und sieben unersetzten Kindern. Möge es den Hinterbliebenen ein Trost sein, daß wir den Schmerz, der sie bewegt, mitfühlen und daß wir des Entschlafenen stets in Ehren gedenken werden." Die Mitglieder des Gemeindefollegiums erhoben sich zum Zeichen der Teilnahme von den Sitzen. Dem Platz Sebalds schmückte ein prächtiger Kranz.

Hochschulen und Sozialdemokratie. Aus Anlaß der Rehabilitierung Dr. Hugo Lindemanns an der Technischen Hochschule zu Stuttgart schreibt die „Frankfurter Volksstimme“ u. a.: „Genosse Lindemann, der über Kommunalpolitik lesen wird, ist als politischer Kämpfer im Reichstag, im württembergischen Landtag und auf dem Stuttgarter Rathaus seit Jahren inmitten unserer Partei lebhaft tätig gewesen. Man hat also den Mann aufgegeben, als wenn die praktische Betätigung für die sozialdemokratische Partei einen Nationalökonomem diskreditiere und ungeeignet zu wissenschaftlicher Arbeit mache. Wie wir Genossen Lindemann kennen, ist es auch gänzlich ausgeschlossen, daß er sich irgendeine Beschränkung seiner politischen Tätigkeit etwa für die Zukunft hat auferlegen lassen. In der Klarheit des sozialistischen Urteils bei wissenschaftlichen und sozialen Fragen der Gemeinde und des Staates hat sich aber Genosse Lindemann ebenfalls von niemandem übertreffen lassen. Man lese in seinen beiden Bänden über Städte- und Gemeinwesen nach, wie mütterlich er dort die Interessen der Bevölkerung im Gemeindefolge nicht zu den Privatinteressen der Privatkapitalisten auf dem Gebiete des Pädagogischen, der Lebensmittelversorgung, des Wohnungsmarktes und der engeren Arbeiterpolitik, um nur diese Gebiete zu nennen, und man wird zugeben müssen, daß hier ein kommunaler Sozialist staatlicher Hochschullehrer wird, der an grundsätzlicher Gründlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt. Das ist aber der größte Gewinn des Krieges, daß man endlich einsehen lernte, wie diese wissenschaftliche Ehrlichkeit nicht länger von akademischen Vorurteilen ausgeschlossen werden kann. Man muß also doch wohl, wenigstens in Württemberg, auch die soziale Jurisprudenz aufgeben, daß eine staatliche Ordnung durch Abschließung statt durch Weiterentwicklung gehalten werden könne, und dies wäre, wenn sich die Einheit offenbare und nicht bloß in Süddeutschland durchzieht, der größte Gewinn aus dieser Angelegenheit. Der Sozialismus wäre als staatsbildende und organisatorisch wertvolle Kraft anerkannt, und er dürfte endlich als Wissenschaft auch auf den Hochschulen wirken, die unsere späteren Ingenieure, Unternehmer, Ärzte, Richter und Verwaltungsbearbeiter bilden. Es hängt von der Nachwirkung ab, die das württembergische Beispiel ausüben wird, ob Deutschland wieder um einen Ausnahmefall reicher sein, oder ob seine Schulpolitik unter der Einwirkung des Krieges eine entscheidende Wendung zum Fortschritt und zur volkswirtschaftlichen Entwicklung erhalten soll.“ Diefem Urteil können wir durchaus beipflichten.

Die alten Höchstpreise bleiben in Kraft: für Roggen in Berlin 220 M., für Weizen 200 M. die Tonne. An diesem erfreulichen Bundesratsbeschlusse hat die Sozialdemokratie einen erfreulich großen Anteil. Der Preis erhob sich vom 1. Januar 1916 an halbmonatlich um 1,50 M., die sogenannten Reports. Begründet wird diese Preissteigerung mit der Notwendigkeit, die Landwirte für die sorgsame Aufzucht zu entschädigen. Den Hauptvorteil haben davon die geldkräftigen Großgrundbesitzer, die die Kommunalbehörden im Gegensaatz zu den kleineren Bauern nicht um Abnahme drängen müssen. Dagegen werden die Verbraucher schwer darunter im Winter leiden, der für alle Waren Höchstpreise und den Haushalt durch Ausgaben für Brennmaterial und Mehl sehr belastet wird. Die 32 Höchstpreisverordnungen sind zu vier vereinigt. Die Differenz zwischen den Roggenpreisen sinkt von 28 (zwischen 200 und 227) auf 15 M. (zwischen 215 und 230). Eine Ermäßigung ist für West- und Süddeutschland eingetreten, eine Erhöhung für die östlichen Provinzen Preußens. Für Dasei und Gerste ist der Einheitspreis von 300 M. festgesetzt worden. Jetzt rät sich noch weiter die allzu späte Festsetzung allzu hoher Futtermittelpreise. Sie sind auch jetzt nicht erniedrigt, sondern erhöht worden. Und doch läuft das Problem der deutschen Volksernährung auf die Frage hinaus, ob genug Futtermittel da sind. Leider ist kein Höchstpreis für Futtermittel festgesetzt worden, sehr zur Freude der Spekulation, die schon jetzt ihre Mühe zeigt. Nicht nur das Tier wird dadurch verteuert, sondern auch die Gewapen, die den Verbrennern und der Militärverwaltung zum Teil die fehlenden Vorräte ersetzen.

Buchpreise für Gemüse. In der „Leipz. Volksztg.“ lesen wir: Unter den vielen Rückschlägen, die in dieser Notzeit geschehen wurden, um das hungernde Volk zu retten, wiederholte sich wohl am häufigsten die Auforderung: Eßt Obst und Gemüse! Ein Waid auf den unbilligen Preisen der Obst- und Gemüsearten in Leipzig veranlaßte den Gemeindefollegiums beschloß, sehr zur Freude der Spekulation, die schon jetzt ihre Mühe zeigt. Nicht nur das Tier wird dadurch verteuert, sondern auch die Gewapen, die den Verbrennern und der Militärverwaltung zum Teil die fehlenden Vorräte ersetzen.

nur einige Proben über die am 24. Juli 1915 gezahlten Preise für Obst und Gemüse:

	Menge	Preis in Pfennigen		
		höchster	niedrigster	häufigster
Blumenkohl, inländischer	1 Kopf	50	30	30
ausländischer	1 "	60	40	40
Wirsingkohl	1 "	25	15	20
Kohl	1 "	50	30	40
Reichkohl	1 "	60	20	35
Kohlrüben	1 Stück	25	20	20
Verrettlich	1 Stange	40	10	30
Laurenkraut	1 Pfund	25	—	25
Kartoffeln	5 "	65	55	60
Zwiebeln	1 "	40	30	35
Küchen	1 "	20	—	20
Karotten	1 "	25	20	25
Spinat	1 "	20	10	10
Kohlrabi	10 Stück	40	20	30
Erbsen	1 Pfund	40	25	30
Buchbohnen	1 "	30	25	25
Grüne Bohnen	1 "	25	20	20
Wieseln, inländische	1 "	40	20	20
Kohlrüben	1 "	20	15	15
Äpfeln	1 "	40	20	30
Stachelbeeren	1 "	70	40	60
Stachelbeeren	1 "	35	25	30
Stachelbeeren	1 "	35	30	35
Delbeeren	1 "	35	30	33

Das sind durchgängig so hohe Preise, wie sie niemand erwartet hätte. Auch die im Frühjahr so oft gepredigte Theorie, daß durch den Gemüsebau in Gärten und auf unbenutzten Grundstücken die Gemüsepreise angemessen bleiben würden, hat damit Schicksal erfahren. Es bleibt auch hier nichts anderes übrig, als daß die städtischen und staatlichen Behörden mit unmaßstäblichen Maßnahmen eingreifen und den Verkäufern ihr unmaßstäbliches Handwerk legen. Wenn die Stadtverwaltungen selbst den Verkauf von Gemüse übernehmen würden, ließe sich schon viel erreichen. Damit können die Gemeinden nicht nur für genügend Gemüse zur notwendigen Ernährung der Einwohner sorgen, sondern zugleich die Händler zwingen, ihre Preise herabzusetzen. In einigen rheinischen Städten, die lobenswert schnell gehandelt haben, sind schon gute Erfolge erzielt worden. So wird aus Köln berichtet, daß die Stadtverwaltung den Gemüseverkauf begonnen hat. Die Preisunterschiede lassen sich aus folgender Gegenüberstellung erkennen. Es kosteten:

	bei der Stadt	auf dem Markt
Kartoffel	15 Pf.	22
Wirsingkohl	15	25
Wirsing	8	11
Zwiebeln	10	28
Äpfeln	5 Pfund 45	1 Pfund 15

In Wülheim (Rhein) ist der Unterschied zwischen dem Preise bei den Händlern und bei der Stadtverwaltung noch größer. Es wurden bezahlt für:

	bei der Stadt	auf dem Markt
Grüne Bohnen	1 Pfund 14	20
Buchbohnen	1 "	19
Kohlrabi	1 Stück 3-4	7
Küchen	1 Pfund 4	10
Wirsingkohl	1 Kopf 10-15	30-35
Wirsing	1 "	10-15

Die Preise bei den Händlern gingen sofort zurück. Grüne Bohnen, die erst 30 Pf. das Pfund kosteten, waren am Mittag schon 2 Pfund für 25 Pf. zu haben. Äpfeln, die 45-60 Pf. das Pfund kosteten, waren für 30 Pf. zu haben. Der Preis für Wald-erdbeeren fiel um 10 Pf. für das Pfund. Aus Münster in Westfalen wird der gleiche Erfolg beim städtischen Gemüseverkauf gemeldet.

Gegen den Lebensmittelwucher. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ bringt einen Erlaß des Ministers für Handel und Gewerbe, worin es heißt: Die fortgesetzte Steigerung der Preise für Gegenstände des täglichen Bedarfs birgt für die Lebensführung und die Zukunft der Bevölkerung Gefahren in sich, denen mit allem Nachdruck entgegenzuwirken werden muß. Dies Ziel verfolgt die Bekanntmachung des Bundesrats gegen übermäßige Preissteigerung vom 23. Juli dieses Jahres. Sie erwirkt die Rückbildung der Gegenstände des täglichen Bedarfs, die zur Veräußerung bestimmt sind, aber dem Verbräuche vorzuziehen werden, dem Käufer zu entziehen. Der Geltungsbereich der Bekanntmachung vom 23. Juli dieses Jahres umfaßt in klarer Weise die Gütererzeugung und die Güterverteilung. In einem Kriege, in dem das einmütige Zusammenwirken aller in der Nation lebenden Kräfte die Voraussetzung des Erfolges ist, muß auch im wirtschaftlichen Leben die Rücksicht auf den eigenen Vorteil, die unter gewöhnlichen Verhältnissen eine der wirksamsten Triebfedern der Entwicklung bildet, zurücktreten. Der Krieg darf unter keinen Umständen als Konjunktur angesehen werden, aus welcher der größtmögliche Gewinn herauszuholen ist. Vielmehr ist es vaterländische Pflicht, besonders bei Gegenständen des täglichen Bedarfs sich mit Gewinnen zu begnügen, die neben angemessener Lebensführung des Unternehmers und seiner Familie den Verhältnissen des Unternehmens entsprechen. Ich begehe die Zurechnung, daß die

Handelsvertretungen, soweit an ihnen liegt, im Sinne der obigen Aufklärung auf die von ihnen vertretenen Kreise hinzuwirken und diese zu einem Verhalten bewegen werden. Das in gleicher Weise ihrem Ansehen wie dem vaterländischen Interesse entspricht und die Anwendung der Zwangs- und Strafbestimmungen der Bekanntmachung vom 23. Juli entbehrlich macht. — Dies und die Bundesratsverfügung lassen darauf schließen, daß man jetzt endlich auch in Regierungskreisen einseht, wozu es führt, wenn man den streifen schleifen läßt. Ob in nächster Zeit wirklich durchgreifende Maßnahmen gegen den Lebensmittelwucher Platz greifen, bleibt abzuwarten.

Französische und russische Kriegsgefangene als Gasanstaltsarbeiter. Seit einiger Zeit werden in der Berliner städtischen Gasanstalt II in der Gitschiner Straße französische Kriegsgefangene aus dem Döberitzer Lager als Arbeiter, namentlich zum Beladen der Wagen, und in anderer Weise verwendet. Manche arbeiten auch auf den hohen Stollen- und Holsbergen, um das Material mit dem Spaten zu ordnen und aufzuhäufen. Bei der unmittelbaren Nähe der Straße stehen hier beständig Landwehrlente mit umgehängtem Gewehr neben ihnen, um jeden Mißbrauch zu verhindern. Auch liegt hier ein starkes militärisches Wachkommando. Die Franzosen dürfen zum Teil ihre bekannten Uniformen mit der eigentümlichen Kopfbedeckung tragen; meist sieht man sie nur in den roten Hosen, zu denen eine Ziviljacke und ein Filzhut auf dem Kopfe kommen. — In Tegel, Spandau usw. sind auch gefangene Russen auf den Gasanstalten tätig.

Ein „Fetter“ Posten. Der städtische Wald- und Fluraufseher Schobert, der seit 15 Jahren im Dienste der Stadt Kirchendamm steht und das hohe Gehalt von monatlich 25 Mk. bezieht, kam um 5 Mk. Teuerungszulage pro Monat ein, mit der Bitte, in Anbetracht seiner langjährigen Dienstzeit und der derzeitigen Umstände ihm diese kleine Zulage zu gewähren. Nachdem nun das Gemeindefolklorium fast einstimmig (nur eine Stimme war dagegen) die Zulage genehmigte, auch in Anbetracht, daß allen städtischen Beamten bereits dies- und vorjährig entsprechende Aufbesserungen resp. Teuerungszulagen bis zu 300 Mk. pro Jahr genehmigt waren, trat wider Erwarten der Stadtmagistrat dem Beschluß nicht bei, und bei der hierauf angelegten gemeinschaftlichen Sitzung wurde das bezeichnende Gesicht Schoberts, der in seinem früheren Gewerbe eine Hand verloren hat, mit einigen Stimmen Mehrheit abgelehnt! — Das bedarf keines Kommentars!

In der Männerschiebe. Die „Frankische Tagespost“ schreibt: ... Taktlos machte drüben das Maschinengewehr. Das klingt wie schnelles Hämmern. Was hämmert's denn? Männer hämmert's zurecht, Männer für eine eiserne Zeit. — Habt Ihr eine Ahnung. Ihr zu Hause, die Ihr vielleicht über das Kartoffelbrot mault, über die Kriegslagen muerd und die Ihr doch satt zu essen habt und warm und sicher zu schlafen, habt Ihr eine Ahnung, daß Ihr zu Kindern geworden seid, deren da draußen, die für Euch stehen, frieren, darben und leiden? Sucht es zu begreifen mit jeder Faser Eures Herzens und Ihr seht eine Tankreduld erwachsen ohne Grenzen und ohne Ende. Wer ist hier im Schlächtergraben, der noch seinen früheren Zielen nachträumt? Wer, der noch an das dächte, was er war und was er werden wollte? Sie kennen alle nur noch ein Gebot: da drüben, dreißig Meter nur entfernt, steht der Tod in englischer Uniform und dem gilt's zu wehren. Sie haben freilich keine Zeit und keine Gelegenheit, anderes zu denken. Hier ist der Ort nicht zum Philosophieren. Hier gilt nur das: „Duck dich und schick richtig!“

Der Apfelbaum.

Ein wunderschöner Apfelbaum stand dicht vor unserm Schützengraben. Die einen rührte dieses laum; die andern wollten Kessel haben.

Das gönnten uns die Schotten nicht, die auf zweihundert Meter lagen. Und als der Schmidt ein Ding geklegt, verbot der Hauptmann, es zu wagen.

An einem Morgen gegen neun hat auf dem Baum ein Star gestölet. Dann setzte drüben „schwere“ ein. Da haben wir vor Not gebetet.

Es spritzte Eisen, Blut und Dreck, und gräßlich schrien sie immer wieder. Doch einmal kam mit bloßem Schwert ein Apfelschauer zu uns nieder.

Es waren Kessel grad genug für uns, die damals übrig blieben. Das war'n vom ganzen zweiten Zug nur sieben!

Hans Leip, Garbefüller, i. „Zimpl.“

Eingegangene Schriften und Bücher

Wongs Kriegs-Kalender mit Illustrationen hat neben mit seinem 12. Hefte, welches die Zeit vom 1. bis 30. Juni 1915 umfaßt, eine Fortsetzung erhalten. Dieses Heft bringt die Berichte des Generalstabes der deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen und ist damit sowohl ein Nachschlagebuch als auch für die Zukunft ein Erinnerungsbüchlein. An der Hand der Zusammenstellung wird es jedermann ein leichtes sein, sich ein Bild von den Geschehnissen des großen Krieges zu schaffen. Wongs Kriegs-Kalender mit Illustrationen (Deutsches Verlagshaus Wong u. Co., Berlin W. 57, Preis jedes Heftes 20 Pf.) hat den Vorzug, neben dem Wort auch Bilder seinen Lesern zu bieten.

Totenliste des Verbandes.

Emil Max Henker, Dresden Arbeiter † 1. 8. 1915, 45 Jahre alt.	Josef Koschnike, Breslau Pensionär. † 2. 8. 1915, 70 Jahre alt.
Robert Krause, Kleinschönau Straßenreiner † 28. 7. 1915, 61 Jahre alt.	Max Klattke, Charlottenburg Schlosser (Elektrizitätswert) † 28. 7. 1915, 88 Jahre alt.
Heinrich Kühn, Dresden Befattungsgehilfe † 8. 8. 1915, 40 Jahre alt.	Karl Strin, Hamburg Pensionär † 1. 8. 1915, 71 Jahre alt.



Auf dem Schlachtfelde sind gefallen:

A. Behr, Berlin-Sigthenberg Wasserwerksarbeiter, a. 30. Juli im Alter von 27 Jahren gefallen.	Andr. Raume, Wernigerode am 14. Juli im Alter von 84 Jahren gefallen.
H. Flege, Frankfurt a. M. am 29. Juli im Alter von 86 Jahren gefallen.	Wilhelm Kobrahm, Lübeck am 21. Juli im Alter von 88 Jahren gefallen.
Oskar Haenisch, Görlitz am 10. Novbr. 1914 im Alter von 28 Jahren gefallen.	G. Schneider, Freiburg i. S. am 1. August im Alter von 39 Jahren im Lazarett verstorb.
Hans Hinmann, Hamburg am 24. Juli im Alter von 31 Jahren im Lazarett verst.	H. Schneider, Bremerhaven im Alter von 34 Jahren in Sizilien gefallen.
K. Jung, Kaiserslautern am 8. Mai im Alter von 27 Jahren gefallen.	Fritz Suttner, München Schlosser, am 20. Juli im Alter von 21 Jahren gefallen.
Fritz Kaffner, Breslau am 26. Mai im Alter von 36 Jahren gefallen.	Max Schreier, Kärntingen am 30. Mai im Alter von 23 Jahren im Lazarett verstorb.
Heinrich Krause, Hamburg am 14. Juni im Alter von 34 Jahren im Westen gefallen.	Karl Schelle, Dresden am 1. Mai im Alter von 25 Jahren gefallen.
Otto Knöfel, Berlin Straßenreiner, am 20. Juli im Alter v. 29 Jahren gefallen.	Joh. Strunk, Lübeck am 24. Juli im Alter von 25 Jahren gefallen.
Hiedr. Loof, Hammelwarden am 25. April im Alter von 28 Jahren gefallen.	Paul Spahn, Magdeburg am 24. Juli im Alter von 26 Jahren in Ausland gefallen.
H. Meyenburg, Kärntingen am 24. Juli im Alter von 21 Jahren in Polen gefallen.	Wilhelm Timke, Hamburg am 20. Juni im Alter von 24 Jahren gefallen.
Johannes Otto, Henkötze Automatenkassierer, a. 23. Juni im Alter v. 29 Jahren gefallen.	Kudolf Zengel, Hamburg am 27. April im Alter von 26 Jahren im Westen gefallen.

Ehre ihrem Andenken!